

# Illertisser Zeitung

EINE ZEITUNG DER AUGSBURGER ALLGEMEINEN



## Männermode

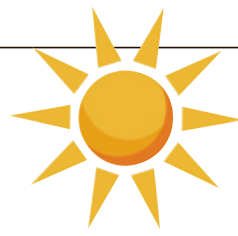
Wer trägt heute noch Anzug – und warum?  
Wochenend-Journal

## Umfrage

Deutsche vertrauen Russland weit mehr als den USA  
Politik

## Heiter, 26 Grad

Mehr Sonne als Wolken, sehr warm  
Wetter



SAMSTAG/SONNTAG, 21./22. APRIL 2018 NR. 92 | 74. JAHRGANG

www.illertisser-zeitung.de

PREIS € 2,30

## Festival-Zeit!

Warum ausgerechnet das Dorf Görisried im Ostallgäu rockt »Die Dritte Seite  
Und: eine Auswahl an großen und kleineren Events im Sommer »Bayern



Foto: Melinda Nagy, Fotolia

## Blickpunkt Lokales

### Weniger Eindringlinge

In Illertissen und Umgebung registriert die Polizei deutlich weniger Einbrüche als noch vor einem Jahr. Und die Ermittler haben weitere Erfolge zu vermelden. »Seite 27

## Kommentar

### Polizei braucht klare Grenzen

VON ULI BACHMEIER  
jub@augsburger-allgemeine.de

Verharmlosung hier, Übertreibung da – es ist gar nicht so einfach, in dem hitzigen Streit um das neue Polizeiaufgabengesetz zum Kern der Sache vorzudringen. Das Gesetz ist kompliziert, viele Rechtsbegriffe sind unbestimmt, sogar Juristen haben ihre liebe Not damit. Und schon allein die Eile, mit der die CSU ihr Gesetz durch den Landtag peitschen will, legt den Verdacht nahe, dass es wenige Monate vor der Wahl in Bayern in erster Linie um Partei- und nicht um Sicherheitspolitik geht.

Kein Zweifel sollte daran bestehen, dass die Polizei in einer hoch technisierten, digitalen Welt ihre Instrumente anpassen muss. Das kann auch für die Ausweitung polizeilicher Befugnisse gelten, wenn es um Gefahrenabwehr im Bereich von Terrorismus und schwerster Kriminalität geht – aber eben nur dort.

Nicht hinzunehmen dagegen ist zum Beispiel, dass jemand, der nur verdächtigt wird, eine Straftat zu planen, im Falle einer polizeilichen Aktion weniger Rechte haben soll als ein Tatverdächtiger in einem Strafverfahren. Je niedriger die Eingriffsschwelle für die Polizei wird, umso größer ist die Gefahr, dass jemand zu Unrecht ins Visier der Behörden gerät und dadurch Nachteile erleidet. Und das ist nur eines der Probleme, auf die das neue Polizeigesetz noch keine Antwort hat.

## Heute in Ihrer Zeitung

### Swasiland wird umbenannt

Der König hat entschieden: Swasiland heißt künftig eSwatini. Was hinter der kuriosen Geschichte steckt, steht auf **Panorama**.

### Ärger um IG-Metall-Chef

Durch ein Interview mit unserer Zeitung hat sich IG-Metall-Chef Jörg Hofmann den Zorn der Arbeitgeber zugezogen. Seine Äußerungen zum Thema Weiterbildung haben eine heftige Debatte ausgelöst, wie Sie in der **Wirtschaft** lesen.

## Kontakt

**Abo-Service** Tel. (073 03) 175 - 70, abo@illertisser-zeitung.de

**Anzeigen** Tel. (073 03) 175 - 90 Fax (073 03) 175 - 36 anzeigen@illertisser-zeitung.de

**Redaktion** Tel. (073 03) 175 - 28 Fax (073 03) 175 - 22 redaktion@illertisser-zeitung.de



4 190387 702300

## Skandal um hunderte Asylanträge

Bamf-Mitarbeiterin unter Verdacht

**Bremen** Der Verdacht wiegt schwer: Eine führende Mitarbeiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll rund 1200 Asylanträge genehmigt haben, obwohl die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt waren. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft Bremen. Neben der inzwischen suspendierten Leiterin der Bremer Außenstelle des Bundesamtes gibt es fünf weitere Beschuldigte. Ob Geld ihr Motiv war, ist noch unklar. In dem Verfahren geht es um den „Verdacht der bandenmäßigen Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung“, um Bestechung und Bestechlichkeit. Die Beschuldigten sollen Flüchtlinge dazu verleitet haben, ihren Asylantrag in Bremen zu stellen, obwohl das Amt dort gar nicht für sie zuständig war. „In einer Vielzahl von Fällen“ handelt es sich nach bisherigen Ermittlungen um Jesiden, eine vor allem im Irak, im Iran, in Syrien und dem Kaukasus ansässige religiöse Minderheit. Weitere Hintergründe zu dem Skandal lesen Sie in der **Politik**. (AZ)

## Nahles greift nach der Macht

**Wiesbaden** Andrea Nahles ist ihrem großen Ziel ganz nah. Am Sonntag will sie die erste Frau an der Spitze der SPD werden. Der Parteitag in Wiesbaden soll einen Neuanfang der Sozialdemokraten markieren und einen Schlusstrich unter die turbulente Ära Martin Schulz ziehen. Dieser hatte innerhalb eines Jahres Höhen und Tiefen für ein ganzes Politikerleben durchgemacht und musste nach dem Debakel bei der Bundestagswahl seinen Platz räumen. Seitdem war Olaf Scholz eine Art Platzhalter für Nahles, die am Sonntag als haushohe Favoritin gegen die Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange ins Rennen geht. Was auf Nahles zukommt, steht im **Leitartikel** von Gregor Peter Schmitz und in der **Politik**. (msti)

## Was dürfen Bayerns Polizisten?

**Gesetz** Die CSU will der Polizei erheblich mehr Kontrollbefugnisse geben. Opposition und Verbände laufen Sturm. Sie fürchten die totale Überwachung. Was der Innenminister dazu sagt

VON HOLGER SABINSKY-WOLF UND ULI BACHMEIER

**München** Mit einem neuen Polizeiaufgabengesetz (PAG) will die CSU die Befugnisse der bayerischen Polizei erheblich ausweiten. Das Gesetz soll am 15. Mai im Landtag verabschiedet werden. Doch ein breites Bündnis fürchtet einen Überwachungsstaat und will das verhindern. Mehr als 40 Parteien, Verbände, Vereine und Organisationen haben sich am Freitag zusammenschlossen. Sie rufen zu Bürgerprotesten auf.

Anlass für die Änderungen sind die neue EU-Datenschutzrichtlinie und das sogenannte BKA-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2016. Die Richter hatten Befugnisse des Bundeskriminalamts im vorbeugenden Kampf gegen den Terrorismus teilweise als verfassungswidrig kassiert. Doch die CSU will bei dieser Gelegenheit der Polizei deutlich mehr Kontrollbefugnisse und größere Macht geben. Schon bei einer abstrakt „drohenden Gefahr“ soll es den Beamten möglich sein, präventiv Telefone abzuhören, Computer

und online gespeicherte Daten auslesen oder verdeckte Ermittler einzusetzen. Bisher muss eine „konkrete Gefahr“ vorliegen, wenn die Polizei so massiv im Vorfeld eingreifen will.

Zudem will Bayern diese Maßnahmen nicht nur zur Terrorabwehr nutzen, sondern auch dann, wenn bedeutende Rechtsgüter in Gefahr sind, wie es im Juristendeutsch heißt. Dazu gehören Leben, Gesundheit und Freiheit, aber auch Dinge, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse sind, Strommasten zum Beispiel.

Nach dem aktuellen Gesetzentwurf soll die Polizei auch Informationen aus DNA-Spuren zur Fahndung verwenden dürfen, die neben dem Geschlecht auf die Haar-, Augen- und Hautfarbe schließen lassen. Außerdem soll sie neben Handgranaten und Maschinengewehren künftig auch Sprenggeschosse einsetzen dürfen.

Das Gutachten eines Juristen bescheinigt dem 200-seitigen Gesetzentwurf die umfassendsten polizeilichen Eingriffs- und Kontrollrechte seit 1945. Jetzt macht ein breites

Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Verbände gegen das neue PAG mobil. Mit dabei sind SPD und Grüne, die im Landtag kaum mehr eine Chance sehen, das Gesetz zu stoppen – auch wenn SPD-Chefin Natascha Kohnen An-

**„Die Behauptung, der Freistaat sei auf dem Weg zum Überwachungsstaat, ist natürlich grober Unfug.“**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann

zeichen für ein Umdenken bei Ministerpräsident Markus Söder erkannt haben will.

Außerdem unterstützen FDP, ÖDP, Linke, einzelne Gewerkschaften, Fußballfans und der Bayerische Journalistenverband das Bündnis „#noPAG“, das für den 10. Mai eine Großkundgebung auf dem Münchner Marienplatz angekündigt hat. Bündnis-Sprecher Simon Strohmenger rechnet mit 7000 Teilnehmern. Er wirft der CSU vor, die Polizei zu einem „Überwachungsapparat“ aufzurüsten.

## Immer cooler, diese Queen!

Royals Elizabeth II. wird 92. Und die Briten lieben sie mehr denn je

VON DANIEL WIRSCHING

Ehemalige Spitzenpolitiker werden in der Regel immer beliebter, je länger sie nicht mehr im Amt sind. Man denke da an den verstorbenen Altkanzler Helmut Schmidt von der SPD. Oder an den – quicklebendigen – grünen Ex-Außenminister Joschka Fischer. Man denke da eher nicht an den früheren SPD-Kanzler Gerhard Schröder. Aber Ausnahmen bestätigen ja in aller Regel die Regel. Mit der Queen, zwar keine Politikerin, dafür aber Herrscherin, verhält es sich genauso. Wenngleich sie nach wie vor amtiert. Seit 1952 bereits und sehr zum Leidwesen ihres Sohnes Charles, diesem ewigen

Thronfolger. 1977 jedenfalls sangen – naja: brüllten, krächzten, kreischten – die Sex Pistols noch ihr „God Save the Queen“. Passend zum 25. Thronjubiläum der britischen Königin hieß es da: „Gott schütze die Königin/das faschistische Regime“. Die Queen sei kein menschliches Wesen – aber hey: „Wir lieben unsere Queen.“

Auch später harderten die Briten mit Elizabeth II., forderten gar die Abschaffung der

Monarchie. Endgültig zerrüttet schien die Beziehung zwischen Königin und Untertanen 1997. Elizabeth II. reagierte, so empfinden es viele, kaltherrig auf den Tod ihrer Ex-Schwiegertochter Diana.

An diesem Samstag, zum 92. Geburtstag der Queen, ist alles anders. Die Queen ist Kult. Unvergessen etwa ihr Film-Auftritt zur Eröffnung der Olympischen Spiele 2012 in London. Da gab sie an der Seite von „James Bond“ Daniel Craig ein Bond-Girl, das seinesgleichen suchte. Die Queen, befand das Magazin *Time*, werde jedes Jahr cooler.



## Bahn: Längere Züge, mehr Platz

**Augsburg** Plötzlich scheint alles so einfach: Die Bahn reagiert darauf, dass es auf vielen Strecken in ihren Waggons wahnsinnig eng zugeht. Die Lösung ist verblüffend banal: Der Konzern will je einen zusätzlichen Wagen an überlastete ICE hängen. Längerer Zug, mehr Platz – klingt doch ganz logisch. Nun kann man sich natürlich fragen, warum nicht schon früher jemand auf diese bahnbrechende Idee gekommen ist, aber egal: Hauptsache, das Gedrängel im Abteil hat ein Ende. Weitere Zusatzwaggons dürfte es übrigens nicht geben, weil sonst viele Bahnsteige für solche XXL-Züge zu kurz wären. Mehr zum Ausbau der Kapazitäten, mit denen die Bahn Auto und Flugzeug ausstechen will, steht auf der **Wirtschaft**. (msti)